Bekanntgabe nach § 5 Abs. 2 UVPG
über die Feststellung der UVP- Pflicht für ein Vorhaben
der Biewer Industrie GmbH

Kreis Mettmann
AZ: 158-II.0006/19/8.11.2.4

Mettmann, den 18.06.2020

Antrag der Biewer Industrie GmbH
auf Erteilung einer Genehmigung nach
§ 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Die Firma Biewer Industrie GmbH hat mit Datum vom 28.11.2019 einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur sonstigen Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen in Verbindung mit der zeitweiligen Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen am Standort Dieselstr. 6, 40721 Hilden, Gemarkung Hilden, Flur 52, Flurstück 234 gestellt.

Es handelt sich um ein Vorhaben nach Nr. 8.7.1.2 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Gemäß § 7 Abs. 2 UVPG ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien, erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 UVPG zu berücksichtigen wären.

Im vorliegenden Fall hat die standortbezogene Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind.

Maßgebend für diese Einschätzung sind folgende Punkte:

- Der Standort befindet sich im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 246. Dieser weist den betroffenen Bereich als Industriegebiet aus. Der Antrag bezieht sich auf die vor Ort bereits vorhandene bauliche Infrastruktur.
- Die Charakteristik der Tätigkeiten sowie Nachweisführung (Lärm) im Genehmigungsverfahren

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Kreis Mettmann
Der Landrat
Umweltamt
Untere Wasser- und Immissionsschutzbehörde
Im Auftrag

Braun